



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Honduras

2024

Die Militarisierung der öffentlichen Sicherheit setzte sich fort. Die Haftbedingungen in den Gefängnissen blieben besorgniserregend. Menschenrechtsverletzungen hielten während des Ausnahmezustandes an, und Menschenrechtsverteidiger/innen erhielten keinen Schutz.

Übermäßiger und unnötiger Einsatz von Gewalt

Trotz der Bedenken bei Menschenrechtsorganisationen verlängerte die Regierung den Ausnahmezustand, der darauf abzielte, Unsicherheit und organisiertes Verbrechen zu bekämpfen, und verkündete unverhältnismäßige neue Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung. Bis Oktober erhielt die Ombudsperson (CONADEH) mehr als 700 Beschwerden gegen Polizei und Sicherheitskräfte seit Beginn des Ausnahmezustandes im Dezember 2022.

Rechte inhaftierter Menschen

Die Überbelegung und Militarisierung der Gefängnisse hielt an. UN Experten berichteten, dass die Bedingungen in vielen Gefängnissen grausamer, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung gleichkäme. Die Regierung kündigte den Bau eines „Megagefängnisses“ an.

Menschenrechtsverteidiger/innen

Honduras war laut Global Witness das gefährlichste Land der Welt für Landrechtsverteidiger/innen und Umweltschützer/innen. Sie waren Stigmatisierung, Einschüchterung, willkürlicher Inhaftierung und Kriminalisierung ausgesetzt, was in den meisten Fällen ungestraft blieb. Die Angriffe ereigneten sich hauptsächlich im Zusammenhang mit Bergbauprojekten, unsicheren Landbesitzverhältnissen und Verletzungen der Rechte indigener Völker und Afro-Nachkommen, einschließlich der Menschenrechtsverteidiger/innen der Garifuna. Lokale Organisationen äußerten Besorgnis hinsichtlich der Schwäche und Ineffektivität des nationalen Schutzmechanismus für Menschenrechtsverteidiger/innen.

Am 14. September 2024 wurde der Umweltschützer **Juan López**, Koordinator der lokalen Organisation Comité Municipal por la Defensa de los Bienes Comunes y Públicos (CMDBCP), in der Gemeinde Tocoa erschossen. Der mutmaßliche Täter und zwei Personen, denen Mittäterschaft vorgeworfen wird, stehen unter Mordanklage und befinden sich in Haft. Die Strippenzieher der Tat sind jedoch bisher nicht ausfindig gemacht worden.

Die Sicherheitslage der Umweltschützer/innen des Guapinol-Flusses im Bezirk Tocoa im Departamento Colón im Norden von Honduras ist extrem schlecht. Am 7. Januar 2023 wurden bereits die Menschenrechtsverteidiger **Aly Magdaleno Domínguez Ramos** und **Jairo Bonilla Ayala** in der Gemeinde Guapinol getötet. Die Behörden haben immer noch nicht alle Verantwortlichen für diese beiden Morde ermittelt.

Im Laufe der vergangenen fünf Jahre hat Amnesty International bereits auf zahlreiche, zum Teil tödliche Angriffe auf Aktivist/innen in Honduras aufmerksam gemacht. Trotz der Schwere der Angriffe auf Aktivist/innen hat Honduras das Abkommen von Escazú bis Ende 2024 noch nicht unterzeichnet. Es ist das erste Abkommen in Lateinamerika und der Karibik, das die Verbindung zwischen Umweltschutz und Menschenrechten herstellt und die Unterzeichnerstaaten zum Schutz von Umweltaktivist/innen verpflichten soll. Das Abkommen trat am 22. April 2021 in Kraft.

Im November 2024 bestätigte der Oberste Gerichtshof die Urteile gegen acht Männer, die für den Mord an der indigenen Verteidigerin **Berta Cáceres** im Jahr 2016 verantwortlich sind.

<https://www.amnesty.de/mitmachen/urgent-action/honduras-honduras-wieder-ein-umweltschuetzer-getoetet-2024-09-24>

<https://www.amnesty.org/en/location/americas/central-america-and-the-caribbean/honduras/report-honduras>